

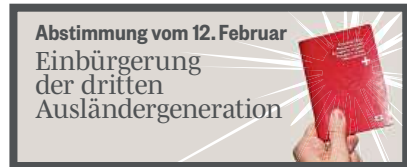
Freudentränen bei den Linken, Wut und Pasta bei der SVP

60 Prozent der Stimmbürger und 19 Kantone sagten Ja: Ausländer der dritten Generation können sich künftig in der ganzen Schweiz einfacher einbürgern lassen.

von Dennis Bühler

Auf einer der zwei Leinwände stürzt sich gerade Carlo Janka den freien Fall herunter, den rekordsteilen Starthang zur St. Moritzer WM-Piste. 189 Kilometer weit entfernt, im Berner Kulturzentrum Progr, hat gestern kurz nach der Mittagszeit allerdings niemand einen Blick für den Sportler im Skitenü übrig. Gebannt lauschen die Anhänger der Operation Libero stattdessen den Worten eines Mannes mit Fliege, der auf der zweiten Leinwand Wundersames verkündet: Wer sich auf eine nachmittagfüllende Zitterpartie eingestellt hat, kann früh aufatmen. Die Vorlage für eine erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation werde sicher angenommen, erklärt Politologin Claude Longchamp.

Die jungen Erwachsenen, die sich für eine weltoffene Schweiz stark machen, die «ein Chancenland ist und kein Freilichtmuseum», fallen sich in die Arme. Eine knappe Stunde später, als Beat Feuz in St. Moritz zum Siegerinterview antritt, stellen auch sie sich den Medien. Die ARD ist mit einem eigenen Team angereist, der Radiosender BBC World Service lädt zur Liveschaltung. Kampagnenleiterin Annina Fröhlich spricht selbstbewusst von einer «Zeitenwende» (siehe Interview unten).



Ausgelassen ist die Stimmung auch einige Meter weiter, im oberen Stock des Kulturzentrums, wo die SP zur Abstimmungsparty geladen hat. Zwar steht hier für die meisten die Unternehmenssteuerreform III im Mittelpunkt, doch auch auf die erleichterte Einbürgerung wird angestossen. Parteichef Christian Levrat erzählt von den Freudentränen, die die Waadtländer



Jubel, Trubel und Heiterkeit bei den Genossen: Mit zwei gewonnenen Abstimmungen durften die SP-Vertreter gestern am lautesten feiern.

Bild Alessandro Della Valle/Keystone

Nationalrätin Ada Marra verdrückt habe, die «Mutter» der Abstimmung. Wie die meisten Befürworter habe auch sie sich darauf eingestellt, dass die Vorlage am Ständemehr scheitere, sagt Marra später im Westschweizer Fernsehen. «Umso grossartiger ist jetzt dieser Sieg!» An der bundesrätlichen Pressekonferenz dankt ihr Justizministerin Simonetta Sommaruga am frühen Abend explizit für ihren «unermüdlichen Kampf» für die Bürgerrechte der «Drittgenerationler».

Katzenjammer hingegen herrscht den ganzen Tag über im Hotel «Bellevue», wo sich Politiker der bürgerlichen Parteien versammelt haben. Der Ärger freilich gilt einzig der bachab geschickten USR III, die an diesem Tag alles überstrahlt – gemeinsam mit SP,

Grünen, GLP und BDP haben sich CVP und FDP für die Einbürgerungsvorlage eingesetzt. «Die SVP sprach von 'Masseneinbürgerungen', doch die Stimmbewölkerung liess sich nicht an der Nase herumführen», sagt der Aargauer FDP-Nationalrat Matthias Jauslin.

Pasta-Plausch im Hause Glarner

Anders als frühere, abgelehnte Vorlagen beinhaltet die nun angenommene Verfassungsänderung sowie das vom Parlament bereits beschlossene Gesetz keinen Einbürgerungsautomatismus. Auch «Drittgenerationler» können sich nur einbürgern lassen, wenn sie gut integriert sind und keine Sozialhilfe beziehen. Trotzdem ging der SVP diese Minimalvariante zu weit. «Die Folgen der unkontrollierten Einbürgerung

werden sich erst in ein paar Jahren zeigen», warnt der Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner. Der Asylchef der wählerstärksten Partei vermutet, dass vor allem in den letzten Jahren eingebürgerte Personen für die Vorlage gestimmt und ihr so zum Durchbruch verholfen hätten.

Fehler im Abstimmungskampf will Glarner keine erkennen: Die von ihm konzipierte Plakatkampagne mit einer in eine Burka verhüllten Frau findet er «noch immer hervorragend». Diese hatte Kritik geweckt, weil vom gestrigen Ja nicht etwa Muslime, sondern in erster Linie Italiener profitieren. Das Leben gehe weiter, so Glarner abschliessend. Er freue sich jetzt erst mal auf den «Znacht» mit seinen beiden Kindern. «Übrigens: Es gibt Pasta.»

Glarner ist kein Erfolgsmodell

Zum dritten Mal in Folge verliert die SVP eine Abstimmung in ihrem Kernthema.

Ein Kommentar von Dennis Bühler, Bundeshausredaktor



Nicht einmal Oberwil-Lieli im bürgerlichen Kanton Aargau, wo SVP-Hardliner Andreas Glarner seit mehr als einem Jahrzehnt Gemeindeammann ist, sagte Nein – die Befürworter der erleichterten Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation gewannen gestern auf der ganzen Linie. Selbstverständlich war das nicht. Vor allem das Ständemehr hatte in ihrem Lager in den letzten Wochen Sorgen bereitet. Grundlos, wie sich gestern rasch zeigte: Gleich 19 Kantone legten ein Ja in die Urne.

Realpolitisch auswirken wird sich der gestrige Entscheid bloss marginal, erfüllen doch nur rund 25 000 Personen die Kriterien für eine erleichterte Einbürgerung. Wichtiger sind zwei Signale, die die Stimmbewölkerung mit dem deutlichen Ja ausgesandt hat: Zum einen ein Zeichen der Anerkennung für die betroffenen Terzos sowie deren Eltern und Grosseltern, die – wie Bundesrätin Simonetta Sommaruga richtig sagte – «die Schweiz mitaufgebaut haben». Zum anderen ist das klare Votum der Stimmbewölkerung auch eine Absage an die populistische Vereinfachung, der sich die SVP und allen voran ihr Asylchef Glarner im Abstimmungskampf bediente. Wer die Schweiz mit Burkaplakaten überzieht, obwohl überwiegend Italiener von der erleichterten Einbürgerung profitieren, handelt unredlich. Der will das Volk verführen statt überzeugen.

Die wichtigste Folge des gestrigen Verdikts wäre es, wenn die Sachpolitiker innerhalb der SVP gestärkt würden. Nach der Durchsetzungsinitiative und der Asylgesetzrevision im vergangenen Jahr verlor die Partei zum dritten Mal in Folge in ihrem Kernbereich, der Asyl- und Ausländerpolitik. Das Modell Glarner ist kein Erfolgsmodell.

Kontaktieren Sie unseren Autor: dennis.buehler@sonedmedia.ch

«Ja gibt Hoffnung für eine Zeitenwende»

Zum dritten Mal nach Durchsetzungsinitiative und Asylgesetzrevision besiegt die Operation Libero die SVP. «Das Stimmvolk lässt sich nicht für dumm verkaufen», sagt Kampagnenleiterin Annina Fröhlich.

mit Annina Fröhlich sprach Dennis Bühler

Im Vorfeld dieser Abstimmung rechnete man mit einem Volksmehr, zweifelte aber am Zustandekommen des Ständemehrs. Nun klappte es mit beidem locker – und sogar in Oberwil-Lieli, der Heimatgemeinde Ihres grössten Gegners, dem Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner, gabs ein Ja. Macht Sie das speziell glücklich?

ANNINA FRÖHLICH: Glücklich bin ich, weil wir und unsere Verbündeten, die auf die Kraft der Fakten setzten, die Faktenverdrehen um Andreas Glarner besiegt haben. Uns ist es gelungen, seine Angstkampagne zu entlarven – sogar in Oberwil-Lieli (schmunzelt). Dieses Ja gibt Hoffnung für eine Zeitenwende: für eine Politik hin zum Chancenland Schweiz, in dem Wille und Leistung und nicht Herkunft zählen.



Über SVP triumphiert: Die 27-jährige Zürcherin Annina Fröhlich freut sich über das deutliche Ja.

Pressebild

Der Abstimmungskampf war lange Zeit flau – bis Glarner mit seinen Burka-Plakaten auf den Plan trat. War er Ihr bester Abstimmungshelfer?

Die SVP-Plakate haben dieser Vorlage, die lange im Schatten der Unternehmenssteuerreform III stand, Aufmerksamkeit verschafft und unser Crowdfunding explodieren lassen – unzählige Kleinspender steuerten insgesamt mehr als 150 000 Franken bei. So hatten wir die Möglichkeit, unseren Argumenten Gehör zu verschaffen. Nun muss selbst Glarner merken: Das Stimmvolk lässt sich nicht für dumm verkaufen.

Dieses Ja allerdings ist ein kleiner Wurf – in den nächsten zehn Jahren kommen gemäss Bund jährlich gerade mal 2300 Personen neu für eine erleichterte Einbürgerung infrage.

Richtig. Das Bürgerrecht ist noch lange nicht so liberal, wie wir es möchten.

Fordern Sie nun die erleichterte Einbürgerung für Secondos, also Ausländer der zweiten Generation?

Wir werden weitere Fortschritte im Bürgerrecht fordern. Auch Secondos sollen sich politisch beteiligen dürfen. Aber wir sind uns bewusst, dass in der Schweiz nur kleine, pragmatische Schritte möglich sind.

Erst einmal stehen nun europapolitische Entscheidungen an.

Wir hoffen, dass die SVP und die Auns die Kündigungsinitiative der Personenfreizügigkeit wie angekündigt lancieren, damit wir sie dann an der Urne bodigen können – und so endlich Klarheit haben, wie sich unsere Beziehungen zu Europa entwickeln sollen. Weil sich die Auns offensichtlich schwertut, helfen wir ihr mit dem Initiativtext. Unser Vorschlag zuhanden der Auns beinhaltet unter anderem: «Die EU wird verpflichtet, blöd genug zu sein, sich auf diesen Handel einzulassen.»

Niederlage für Gegner des Lehrplans 21

Im Kanton Aargau bleibt der Weg frei zur Einführung des Lehrplans 21. Die Stimmberechtigten haben eine Volksinitiative sehr deutlich abgelehnt, die den umstrittenen Lehrplan verhindern wollte. Die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» scheiterte mit einem Nein-Stimmenanteil von 69,52 Prozent.

Der «völlig verfehlt Lehrplan 21» führe zu einem neuen Bildungsverständnis, weg vom Sachwissen und hin zu sogenannten Kompetenzen, hiess es vonseiten des Initiativkomitees. Die SVP unterstützte das Begehren. Regierung, Parlament und ein breit abgestütztes Nein-Komitee aus Parteien und Verbänden kämpften dagegen. Der Regierungsrat will den Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2020/21 einführen. Der Aargau gehört bislang nicht der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos-Konkordat) an. Daher kann der Kanton selbst über seinen Lehrplan entscheiden. (sda)